

# Soziale Infrastrukturen demokratisch und bedürfnisorientiert organisieren – Linke Forderungen für die Zeit nach der Corona-Krise

---

Von Jonas Eggmann und Joel Bühler

**Die Corona-Krise verändert unsere Gesellschaft und unsere Demokratie, auch in der Schweiz. Die Diskussion, was die politischen Konsequenzen und Forderungen aus der Krise sind, hat eben erst begonnen.**

**Auch die Anny-Klawa-Morf Stiftung möchte eine Plattform bieten, was diese Krise für die Soziale Demokratie bedeutet. Neben der Interviewreihe «Demokratie, Gender und Wirtschaft in Krisenzeiten» ist dieses Paper ein Diskussionsbeitrag, welcher auf Initiative der beiden Autoren entstanden ist.**

Jonas Eggmann schliesst im Sommer 2020 sein Masterstudium in Rechtswissenschaft an der Universität Basel ab. Er ist Mitglied der SP Baselland. (info@jonaseggmann.ch)

Joël Bühler studiert Volkswirtschaftslehre und Datenwissenschaften an der Universität Zürich. Er ist Mitglied der SP Baselland. (joel.l.buehler@gmail.com)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Anny-Klawa-Morf-Stiftung.

## 1. Ausgangspunkt

Die Corona-Krise wirft uns alle zurück auf grundlegende Bedürfnisse: Die Sorge um uns selbst und um andere, unser gesundheitliches Wohlbefinden und die Notwendigkeit von finanzieller Sicherheit. Dabei merken wir, wie Raul Zelik treffend feststellt: «Das, was gemeinhin als «die Wirtschaft» bezeichnet wird, hat also offenbar gar nicht so viel mit Bedarfen und Bedürfnissen zu tun. Wir leisten uns eine Ökonomie, die sich nicht an den Grundlagen des Lebens, sondern an der Wertschöpfung orientiert.»<sup>1</sup> Auf diesen Umstand macht die feministische Literatur bereits seit langem aufmerksam: Ohne die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit (= Sorge-Arbeit wie Erziehung, Betreuung und Pflege) gibt es keine Wertschöpfung.<sup>2</sup> Sofern es darum geht, an diesem Bewusstsein in der Bevölkerung anzuknüpfen – dass die Sorge um uns selbst und um andere im Kern des Lebens von uns allen steht –, teilen wir die Analyse, dass die Corona-Pandemie die Ökonomie (teilweise) vom Kopf auf die Füsse stellt.<sup>3</sup>

Als Ausgangspunkt ebenso wichtig erscheint uns die Feststellung im erwähnten Artikel von Zelik, dass «zumindest für einen Augenblick die bedürfnisorientierte, demokratische Planung der Wirtschaft, die den Kern jedes sozialistischen Projekts ausmacht, eine reale Option ist».<sup>4</sup> An diesen materiellen Gegebenheiten und an diesem Bewusstsein gilt es aus einer sozialistischen und transformatorischen Perspektive anzuknüpfen.

Schliesslich gehen wir als Linke davon aus, dass die Bedürfnisse von allen Menschen gleich viel zählen, d.h. alle Menschen das gleiche Recht auf ein gutes, selbstbestimmtes und gesundes Leben haben. Solidarität ist mit anderen Worten unteilbar – das gilt für alle Menschen in- und ausserhalb der Schweiz.

Von diesen Grundsätzen ausgehend skizzieren wir in diesem Papier fortschrittliche Forderungen für die Zeit, in der die akute Bewältigung der Corona-Krise vorbei ist.<sup>5</sup> Die Forderungen verfolgen zwar einen transformatorischen Ansatz, sie sind aber nicht «für die Galerie» gedacht. Wie sich die Krise auf die politi-

<sup>1</sup> <https://www.woz.ch/-a77f>

<sup>2</sup> Gabriele Winker (2015): Care-Revolution

<sup>3</sup> [http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2020/04/Fazit\\_Wermuth\\_Zwicky.pdf](http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2020/04/Fazit_Wermuth_Zwicky.pdf), [http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2020/04/2020\\_Corona-Krise\\_-\\_Feministische-Analyse-und-feministischer-Aufbruch\\_def.pdf](http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2020/04/2020_Corona-Krise_-_Feministische-Analyse-und-feministischer-Aufbruch_def.pdf), [http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2020/04/Gurny\\_Ringger\\_Care\\_Corona.pdf](http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2020/04/Gurny_Ringger_Care_Corona.pdf)

<sup>4</sup> <https://www.woz.ch/-a77f>

<sup>5</sup> Wir sind selbstverständlich nicht die ersten, die diese Forderungen erheben. Wo immer möglich verweisen wir auf Quellen, soweit uns diese bekannt sind.

schen Kräfteverhältnisse auswirken wird, ist noch offen. Als Sozialdemokrat\*innen haben wir jedoch ein vitales Interesse daran, die Potenziale bzw. «Gelegenheitsfenster»<sup>6</sup>, die sich aus ihr ergeben, zu nutzen. Was wir damit sagen wollen: Die Forderungen weisen explizit über den Kapitalismus neoliberaler Prägung hinaus, sie sind aber im Hier und Jetzt konkret umsetzbar – und die Sozialdemokratie sollte alle machtpolitischen Hebel und ihre Mobilisierungsfähigkeiten nutzen, das auch zu tun.

## 2. Demokratische Kontrolle sicherstellen

### 2.1. Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen gehört zur «Fundamentalökonomie», wie sie im Buch «Ökonomie des Alltags» beschrieben ist.<sup>7</sup> Dabei stellen die Autor\*innen fest, dass grosse Teile sowohl der materiellen (Wasser, Strom, Wohnungen, Verkehrssystem, Lebensmittelhandel) wie auch der providenziellen (Dienstleistungen wie Schulen, Pflege, Sozialversicherungen) Fundamentalökonomie in staatlicher oder öffentlicher Hand lagen, bevor die neoliberale Privatisierungswelle begann.

Darum ist als erstes zu fordern, dass wir als Gemeinwesen die demokratische Kontrolle über zentrale Infrastrukturen vollständig (wieder-)erlangen. In allererster Linie betrifft das nach der Corona-Krise (offensichtlich) die Spitäler, Gesundheits- und Pflegezentren u.ä. Sie gehören in öffentliches Eigentum – jegliches Profitstreben hat in diesem Bereich nichts verloren.

Das Gesundheitswesen ist dabei umfassend zu verstehen, d.h. umfasst sowohl Einrichtungen, welche die physische, wie auch die psychische Gesundheit (Psychiatriekliniken etc.) betreffen. Gerade in den Zeiten des Shutdowns merken wir, wie eng die beiden zusammenhängen. Konsequenterweise ist das Gesundheitswesen kostenlos bzw. steuerfinanziert auszugestalten. Folglich müssen darum die Krankenkassenprämien endlich einkommensabhängig und nicht als Kopfprämie ausgestaltet werden. Die neoliberale Abbaupolitik in der Spitalpolitik ist zudem umzukehren: Die Pflegepersonaldichte liegt in der Schweiz momentan bei 11.4 Pflegefachpersonen pro 1'000 Einwohner\*innen,

d.h. im europäischen Vergleich im Mittelfeld.<sup>8</sup> Diese Dichte muss deutlich erhöht werden. Weiter muss eine Mindestanzahl von Spitalern und Spitalbetten im Umkreis einer festzulegenden Anzahl Kilometern pro Einwohner\*in definiert werden.<sup>9</sup>

Zentral ist dabei auch die Zugänglichkeit: Alle Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, müssen von den Leistungen profitieren können. Dass das problemlos möglich ist, zeigt Portugal.<sup>10</sup> Die Regierung hat dort entschieden, zumindest für die Zeit der Corona-Krise, das Kranken- und Sozialsystem für jeden und jede in Portugal zu öffnen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

### 2.2. Kinderkrippen

Ebenfalls kostenlos und steuerfinanziert zur Verfügung gestellt werden müssen Kinderkrippen. Diese Forderung wird seit längerer Zeit u.a. von den SP Frauen\* vorgebracht.<sup>11</sup> Die Corona-Krise macht überdeutlich: Niemand kann sich um Kinder sorgen und gleichzeitig im Home Office einer Erwerbsarbeit nachgehen. Dasselbe gilt für «Home Schooling». Es ist deshalb ganz einfach: Kinderkrippen sind genau gleich wie die Volksschule flächendeckend und kostenlos anzubieten. Damit ist eine Vielzahl von Vorteilen verbunden: Es wird endlich anerkannt, dass Kindererziehung (auch) eine öffentliche Aufgabe ist, es ist besser für die Kinder, die Eltern und für das Personal (demokratische Kontrolle der Arbeitsbedingungen) und schliesslich fördert es die Gleichstellung.

Was aufgrund der Entscheide des Bundesrates in der Schweiz aktuell passiert, ist gerade auch aus bürgerlich-liberaler Sicht absurd: Die mit hunderten Millionen Franken subventionierte und mühsam aufgebaute Infrastruktur an Krippenplätzen wird sich selbst überlassen bzw. die Kosten auf die Familien überwältzt.<sup>12</sup> Der SGB macht deshalb zurecht darauf aufmerksam, dass nach der Corona-Krise eine Betreuungskrise droht.<sup>13</sup> Diese Betreuungskrise ist am effizientesten und nachhaltigsten zu lösen, wenn Kinderkrippen dauerhaft als staatliche Einrichtungen organisiert sind.

<sup>8</sup> [https://www.sbk.ch/aktuell/news-single?tx\\_news\\_pi1%5Bnews%5D=387&cHash=165b96539e7f9330da160196894d1c67](https://www.sbk.ch/aktuell/news-single?tx_news_pi1%5Bnews%5D=387&cHash=165b96539e7f9330da160196894d1c67)

<sup>9</sup> Wenn nötig, ist dafür ist eine Bundeskompetenz zu schaffen.

<sup>10</sup> <https://kontrast.at/portugal-sozialsystem/>

<sup>11</sup> <https://www.sp-ps.ch/de/publikationen/medienmitteilungen/die-sp-frauen-fordern-einen-aktionsplan-kinderbetreuung-zeiten-von>

<sup>12</sup> <https://www.zeit.de/2020/16/corona-wirtschaftskrise-pflege-hilfspakete-oekonomie-schweiz/komplettansicht>

<sup>13</sup> <https://www.sgb.ch/corona-virus/details/kommission-korrigiert-bundesraetliche-fehlentscheide-ein-bisschen>

<sup>6</sup> [https://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2020/04/rls\\_lux\\_mini\\_corona\\_final-2.pdf](https://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2020/04/rls_lux_mini_corona_final-2.pdf)

<sup>7</sup> Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens – Für eine neue Infrastrukturpolitik

### 2.3. Pharma-Unternehmen

Die Corona-Krise zeigt ebenfalls exemplarisch auf, wieso Pharma-Unternehmen in staatliche Kontrolle gehören. Die Forschung am Corona-Virus-Stamm ist seit der SARS-Epidemie 2003 staatlich gefördert – alleine die USA hat über 700 Millionen Dollar in die Corona-Forschung investiert.<sup>14</sup> Trotzdem hat die Pharmaindustrie aufgehört, zum Corona-Virus-Stamm zu forschen, weil die Forschung zu wenig profitabel war. Mitunter deshalb liegt heute noch kein Impfstoff gegen das Virus vor. Und sobald ein Impfstoff vorliegt, wird der Verteilungskampf zwischen den Ländern um den Zugang losgehen, der v.a. die strukturellen Ungleichheiten zwischen den Ländern des globalen Südens und Nordens vergrössern dürfte. Die Pharmakonzerne hingegen kassieren doppelt ab:<sup>15</sup> Nicht nur wird ein wichtiger Teil der Forschung mit Steuergeldern finanziert, die Gewinne beim Verkauf des Impfstoffs können sie selber einstreichen. Einmal mehr zeigt sich damit: (Finanzielle) Risiken werden vergesellschaftet und Profite privatisiert.

Diese Logik gilt es zu durchbrechen: Pharma-Unternehmen müssen dem Gemeinwohl verpflichtet werden, d.h. sie müssen als Teil des Service public ausgestaltet sein. Konzepte, wie das aussehen kann, sind bereits verschiedentlich dargelegt worden.<sup>16</sup> Wie wenig radikal diese Forderung ist, zeigt sich aktuell überraschenderweise daran, dass nach dem geplatzten Verkauf der Sandoz nicht nur JUSO-Präsidentin Ronja Jansen den Bund aufforderte, die Sandoz von der Novartis abzukaufen, sondern sich auch der ehemalige Preisüberwacher Ruedi Strahm dieser Forderung anschloss.<sup>17</sup>

### 2.4. Boden

Völlig ungeschoren durch die Krise kam bisher die Immobilienbranche. Trotz wegbrechenden Einnahmen sind weder die Wohnungs- noch die Geschäftsmieten ausgesetzt. Damit zusammenhängend sind auch die Hypothekarzinsen weiterhin geschuldet, was wiederum zeigt, dass die Banken bisher keinen Anteil an die Krise leisten müssen. All diese Probleme zeigen, dass auch beim von uns allen geteilten Bedürfnis nach Wohnen kein Platz für Profitstreben ist. Der Boden ist des-

halb als zentrale Ressource ebenfalls in gemeinschaftliches oder öffentliches Eigentum zu überführen.

Denn: Wer besitzt, befiehlt. Auf den Boden übertragen bedeutet das: Wer Boden besitzt, entscheidet über das Angebot an Wohnungen, die Höhe der Mieten, die Ansiedlung von Unternehmen, den Erhalt von Kulturland und Erholungsgebieten und streicht nicht zuletzt die Gewinne auf Boden ein. Wie die Corona-Krise zeigt, sollte sich all das am Interesse der Allgemeinheit ausrichten und nicht an den Profitinteressen einiger weniger. Deshalb gehört der Boden unter demokratische Kontrolle.

Dafür sprechen überdies zahlreiche volkswirtschaftliche Argumente: Boden ist nicht einfach ein Gut wie jedes andere. Wir alle müssen ihn zwangskonsumieren, der Boden ist mengenmässig beschränkt und wir sind alle 100% darauf angewiesen. Auf Boden fallen extrem viele leistungsfreie Gewinne wie Mieten an und die meisten Wertsteigerungen sind zudem abhängig von steuerfinanzierten Infrastrukturen. Der Immobilienmarkt schliesslich ist der grösste volkswirtschaftliche Teilmarkt und Wohnkosten sind der grösste Posten im Haushaltsbudget.

### 2.5. Finanzsystem

Wir halten die zurzeit in linken Kreisen kursierende Aussage «Wir sehen jetzt, dass Pflegepersonen systemrelevant sind und überbezahlte Bankmanager\*innen nicht» für zu kurz gegriffen. Die Aussage könnte zwar ganz konkret heruntergebrochen stimmen: Die Vorstellung, dass Pflegende streiken, ist beängstigend. Im Gegensatz dazu zeigt ein über sechsmonatiger (komplett verpuffter) Streik des irischen Bankpersonals 1970, wie wenig wir möglicherweise real von ihm abhängig sind. Wir machen jedoch einen Fehler, wenn wir deswegen das ganze Finanzsystem dauerhaft für unwichtig erklären. In Irland konnte die Liquiditätsversorgung bloss durch das grosse Vertrauen der Bevölkerung in die Kreditwürdigkeit der Mitmenschen aufrechterhalten werden.<sup>18</sup> In einer modernen Wirtschaft hängen wir genauso von der Liquidität des Finanzsystems ab, wie wir auf Pflege angewiesen sind. Für die Schweiz von heute bedeutet das: Wir begreifen beide Bereiche als öffentliche Aufgabe, die demokratisch kontrolliert und dem Gemeinwohl verpflichtet gehören.

Die stossende Schonung der Banken in der Corona-Krise ist bereits angetönt worden. Die (Gross-)Banken

<sup>14</sup> <https://www.publiceye.ch/de/themen/medikamente/wer-kriegt-zugang-zu-kuenftigen-covid-19-behandlungen>

<sup>15</sup> <https://www.publiceye.ch/de/themen/medikamente/wer-kriegt-zugang-zu-kuenftigen-covid-19-behandlungen>

<sup>16</sup> [http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2019/04/Sandoz\\_fuers\\_Volk.pdf](http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2019/04/Sandoz_fuers_Volk.pdf), [http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2018/08/Brauchen\\_wir\\_Pfizer\\_Aug\\_18.pdf](http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2018/08/Brauchen_wir_Pfizer_Aug_18.pdf)

<sup>17</sup> <https://twitter.com/RonjaJansen/status/1245682646245675014>, <https://www.srf.ch/sendungen/wirtschaftswoche/der-bund-sollte-sandoz-kaufen>

<sup>18</sup> Bregman, Rutger: Utopia for realists. And how we can get there. 2017.

gehen bislang nicht nur unbeschadet durch die Krise, sie gehören sogar zu den Gewinnern.<sup>19</sup> Durch die garantierte Deckung der Corona-Kredite durch den Staat erhalten die Banken innerhalb von fast zehn Jahren zum zweiten Mal faktisch eine Staatsgarantie in Milliardenhöhe. Damit dürften sie oft auch Kredite von schwächelnden Unternehmen ablösen, die ausgefallen wären und deren Risiko sie eigentlich selbst hätten tragen müssen. Sie können das Risiko damit auf die öffentliche Hand übertragen. Zudem hat die Nationalbank einen grossen Teil der Bankreserven von den Negativzinsen ausgenommen. Trotzdem können die Banken dafür teilweise Zinsen verlangen, was umso stossender ist. Weiterhin erhalten die Banken überdies die Hypothekarzinsen – die Mieter\*innen finanzieren in der Krise also nicht nur die Immobilienlobby, sondern auch die Banken mit.

Daher ist es notwendig, dass mindestens grundlegende Finanzdienste wie der Zahlungsverkehr, das Kreditwesen und die gesicherten Spareinlagen als Service public ausgestaltet sind. Auch das ist keine neue Forderung,<sup>20</sup> die Krise verleiht ihr aber neue Aktualität, da es nicht sein kann, dass die Banken in guten Zeiten private Gewinne machen, die gewichtigen Risiken aber seit mehr als 10 Jahren von der Öffentlichkeit getragen werden.

Einmal mehr zeigt sich in dieser Krise auch, dass Nationalbanken als öffentliche Institution im Zentrum des privaten und profitgetriebenen Kapitalismus stehen.<sup>21</sup> Schon 2008 und 2015 bei der Aufhebung des Mindestkurses zum EURO wurden aber ohne jede demokratische Mitbestimmung wichtige Entscheide der Wirtschaftspolitik mit Auswirkungen auf Millionen Menschen getroffen. Weiter investiert die SNB beispielsweise auch in Anlagen, die nicht mit den Zielen des von der Schweiz unterzeichneten Klimaabkommens vereinbar sind. Solche Entscheide müssen dringend unter demokratischer Mitbestimmung erfolgen (=Demokratisierung der Nationalbank).

Ökonomische Krisen bieten auch eine Gelegenheit für den notwendigen ökologischen und sozialen Strukturwandel bzw. System Change. Gerade in Krisenzeiten dürfen schädliche Unternehmen nicht blind mit Liquidität versorgt werden. Natürlich muss die Liquidität

versorgung zuerst Finanzkrisen vermeiden. Wir müssen aber Wege finden, um die Rettung von Unternehmen an klare soziale und ökologische Kriterien zu binden. Das wurde in der Corona-Krise bisher versäumt und muss in Zukunft der Kern jeder öffentlichen Intervention ins Finanzsystem sein – egal, ob wir es mit öffentlichen oder privaten Banken zu tun haben.

### 3. Zeit, Geld und Respekt für systemrelevante Arbeit

Die Krise hat uns klargemacht, dass es so etwas wie «systemrelevante» Berufe gibt.<sup>22</sup> Diese systemrelevanten Berufe müssen nicht alle verstaatlicht werden, aber ihre Ausübung ist für das grundlegende Funktionieren der Gesellschaft notwendig – sonst wären sie ja nicht systemrelevant. Der Staat hat deshalb Kriterien festzulegen, die den Angestellten in diesen Berufen gute Arbeitsbedingungen garantieren. Allfällige staatliche Unterstützung (Subventionen) an Unternehmen in systemrelevanten Berufen ist zwingend an die Einhaltung dieser Kriterien zu knüpfen. Umgekehrt sollte in einem gewissen Rahmen auch ein Anspruch auf finanzielle Unterstützung bestehen, wenn die Kriterien eingehalten werden.

In einem ersten Schritt ist festzulegen, was systemrelevante Berufe sind. In Anlehnung an die Liste des Kantons Zürich mit Angestellten, die «vitale Leistungen im Bereich der Grundversorgung» erbringen<sup>23</sup> sowie an unsere obigen Ausführungen gehören dazu folgende Branchen:

- Gesundheit, Pflege und Altersbetreuung
- Sicherheit
- Verkehr
- Infrastruktur (Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Telematik, Reinigung)
- Logistik, inkl. Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen

<sup>22</sup> Am Ausdruck «systemrelevant» kann natürlich sehr viel kritisiert werden, was an vielen Stellen zurecht bereits gemacht wird. An dieser Stelle verstehen wir «systemrelevante Arbeit» als Arbeit, die das grundlegende Funktionieren und die Reproduktion unserer Gesellschaft ermöglicht. Politisch sehen wir in der Benennung von systemrelevanter Arbeit die Chance, das gestärkte Bewusstsein für die Wichtigkeit dieser Beruf zu nutzen, um «Nägel mit Köpfen zu machen», d.h. im Hier und Jetzt konkrete Fortschritte zu erzielen. Und ist die Kritik bewusst, dass dabei zwangsläufig gewisse Berufsgruppen fehlen, die ebenfalls aufgewertet werden müssen.

<sup>23</sup> [https://bi.zh.ch/internet/bildungsdirektion/de/themen/coronavirus-informationen-fuer-die-schulen/\\_jcr\\_content/contentPar/downloadlist/downloaditems/1266\\_1584461589661.spooler.download.0.pdf/20200317\\_Informationsschreiben\\_Krippen\\_Corona.pdf](https://bi.zh.ch/internet/bildungsdirektion/de/themen/coronavirus-informationen-fuer-die-schulen/_jcr_content/contentPar/downloadlist/downloaditems/1266_1584461589661.spooler.download.0.pdf/20200317_Informationsschreiben_Krippen_Corona.pdf), <https://www.republik.ch/2020/04/06/systemrelevant-und-schlecht-bezahlt>

<sup>19</sup> <https://www.woz.ch/-a761>

<sup>20</sup> [http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2019/05/22\\_Demokratisierung\\_Finanzm%C3%A4rkte\\_FG\\_Politische\\_Oekonomie.pdf](http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2019/05/22_Demokratisierung_Finanzm%C3%A4rkte_FG_Politische_Oekonomie.pdf)

<sup>21</sup> <https://www.theguardian.com/business/2020/apr/14/how-coronavirus-almost-brought-down-the-global-financial-system>

- Gütern (= Detailhandel)
- Öffentliche Verwaltung (inkl. Bildung)
- Medien
- Kinderbetreuung
- Banken

In einem nächsten Schritt sind die Kriterien festzulegen, die bei systemrelevanter Arbeit eingehalten werden müssen. Unabdingbar ist für uns, dass alle Unternehmen in diesen Bereichen:

- Einer GAV-Pflicht unterstellt sind.
- Einen Mindestlohn von 13 x 4'000 Franken ausbezahlen.
- Eine Lohnspanne von höchstens 1:12 innerhalb des Unternehmens haben.
- Die Lohngleichheit im Unternehmen nachweisen und eine Frauen\*quote in Führungsgremien festgeschrieben haben.
- Ihren Angestellten Mitbestimmungsrechte garantieren, die über die gesetzlichen Mindestvorschriften hinausgehen.
- Auf eine ökologische Produktion verpflichtet werden (mind. CO<sub>2</sub>-neutral).

Die Durchsetzung dieser Forderungen würde viele typische «Frauenberufe» mit tiefen Löhnen und geringer gesellschaftlicher Anerkennung massiv stärken. Aus gewerkschaftlicher Sicht wäre es zudem ein Meilenstein, wenn es gelingen würde, die Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen zwischen diesen Branchen zu verbinden. Man stelle sich nur die gewaltigen Auswirkungen vor, wenn es gelingt, in den Bereichen «Gesundheit – Pflege – Detailhandel – Logistik – Reinigung – Kinderkrippen» flächendeckend bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Wichtig erscheint uns, dass sich bessere Arbeitsbedingungen natürlich auch, aber nicht nur, im Lohn zeigen. Der Frauen\*streiks bringt die notwendigen Dimensionen auf den Punkt: Es geht um Zeit, Geld und Respekt.

#### 4. Digitale Infrastruktur ausbauen

Wir alle merken, wie die Corona-Krise zu einem Prüfstein für unsere digitale Infrastruktur geworden ist (z.B. Fernunterricht, Home Office, private Videokonferenzen). Und wie diese Prüfung in vielerlei Hinsicht mangelhaft ausfällt. Die vorhandenen Mängel müssen unverzüglich angegangen werden: Als erstes ist sicherzustellen, dass es

in jedem Haushalt bzw. Gebäude einen schnellen, sicheren und kostenlosen Internetanschluss (Glasfaseranschluss) gibt. Es ist eine tragische Ironie, dass die Labour Party in ihrem Wahlkampf für die general election 2019 (britische Unterhauswahl) genau diese Forderung vorbrachte, damit jedoch nicht reüssierte<sup>24</sup> – worauf die Tories einige Wochen später anerkennen mussten, dass Internet tatsächlich systemrelevant ist.<sup>25</sup> Auch für diese Forderung gibt es real existierende Referenzmodelle, z.B. Dänemark.<sup>26</sup>

Prioritär muss die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung (z.B. Open Data), in der Bildung, im Gesundheitswesen und in den demokratischen Institutionen (Parlamente und Gerichte) vorangetrieben werden. Dies nach dem Grundsatz, dass die gewählten Lösungen einfach, sicher und demokratisch (kontrolliert) sind.

Darüber hinaus zeigt sich in den heutigen Tagen, dass die notwendigen digitalen Kommunikationstools wie Dokumentablagen, Messaging-Dienste, Videokonferenzen etc. für alle verfügbar sein und real funktionieren müssen. Die Anforderungen, die solche Tools im Optimalfall erfüllen, sind vielfältig. Sie müssen einfach sein, sicher (Datenschutz), skalierbar, benutzer\*innenfreundlich, ansprechend gestaltet, sowie kostenlos und als Open Source verfügbar. Die technischen Voraussetzungen müssen dabei aus unserer Sicht so tief bzw. so zugänglich wie möglich sein. Kurz: Es braucht für kollaboratives Arbeiten und Videokonferenzen datenschutzkonform und Open Source bei gleichbleibender einfacher Nutzung. Um es klar zu sagen: Nischenprodukte, die zur Nutzung fortgeschrittene Informatikkenntnisse voraussetzen, sind keine Lösung. Dass die Entwicklung von solchen Produkten «massentauglichen» Produkten aufwändig ist, versteht sich von selbst. Gibt es solche Produkte noch nicht, müssen sie deshalb vom Staat gefördert werden – allerdings nur, wenn sie die aufgezählten Kriterien allesamt erfüllen.

#### 5. Löhne sichern, Sozialversicherungssysteme ausbauen

Um die ökonomische Situation der Lohnabhängigen zu verbessern, braucht es dringend weitere, bereits skiz-

<sup>24</sup> <https://jacobinmag.com/2019/11/labour-broadband-full-fiber-fibre-corbyn>

<sup>25</sup> <https://www.express.co.uk/news/uk/1271160/Coronavirus-school-reopen-students-free-laptops-broadband-gavin-williamson>

<sup>26</sup> [https://en.wikipedia.org/wiki/Internet\\_in\\_Denmark](https://en.wikipedia.org/wiki/Internet_in_Denmark)

zierte, Massnahmen.<sup>27</sup> Dazu gehört auch, die Arbeitslosenversicherung auf eine (massive) Zunahme der Arbeitslosenzahlen nach dem Ende der Kurzarbeit vorzubereiten. Darüber hinaus müssen wir auch als Linke über Konzepte nachdenken, wie wir die sozialversicherungsrechtliche Absicherung von «prekären Selbständigerwerbenden» verbessern können. Zentraler Ansatzpunkt dafür ist unseres Erachtens das Konzept der Allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV).<sup>28</sup> Die AEV integriert selbständig Erwerbende in das Versicherungsobligatorium und sichert ihnen gute Leistungen zu solidarischen Versicherungsbeiträgen: Konkret errichten selbständig Erwerbende Abgaben (= Prämien) in der Höhe von rund 8.5 Prozent des durchschnittlichen versteuerten Reineinkommens der letzten zwei Jahren. Dafür erhalten sie umfassenden Zugang zu allen Versicherungsleistungen der AEV (Taggelder und Renten für das Risiko eines Erwerbsausfalls bei Mutterschaft, Zivil- und Militärdienst, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Invalidität). Daneben führt die AEV zu einer überfälligen Ausweitung, Vereinheitlichung und Vereinfachung des Sozialversicherungssystems.

## 6. Internationale Solidarität

Eine Pandemie kann sinnlogisch nicht nur national bekämpft werden. Dafür ist eine gute und koordinierte Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Institutionen zentral.<sup>29</sup> Daneben wäre es aber bereits ein Fortschritt, die Möglichkeiten von anderen Ländern, gegen das Virus vorzugehen nicht aktiv zu schmälern – namentlich die finanziellen Ressourcen nicht zu schmälern. Doch alleine durch das Schweizer Steuerdumping entgegen anderen Ländern jährlich bis zu 36 Milliarden Franken an Steuereinnahmen.<sup>30</sup> Die Corona-Krise zeigt einmal mehr, wie unsolidarisch und volkswirtschaftlich schädlich diese Steuerpolitik ist. Einen ebenso tiefgreifenden Wandel braucht es in der Handelspolitik, die zur Verhinderung von weiteren Pandemien dringend auf ökologische und soziale Grundsätze (insb. in der Landwirtschaft) auszurichten ist. Denn eine der Ursachen für den Ausbruch der Corona-Epidemie ist

die immer grössere Nähe zwischen Mensch und Tier durch die industrialisierte Landwirtschaft.<sup>31</sup>

Konkret ist für die Schweiz kurzfristig zu fordern, dass sie (endlich) das UNO-Ziel, 0.7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben, einhält. Darüber hinaus sollte sich die Schweiz für ein Schuldenmoratorium für Entwicklungsländer einsetzen.<sup>32</sup> Schliesslich muss die Schweiz dringend mehrere tausend Geflüchtete aus der Ägäis aufnehmen und sich für eine Schliessung des «Camp Moria» und andern gleichartigen «Camps» einsetzen.

## 7. Wer zahlt?

Es stellt sich natürlich die Frage, wie diese Massnahmen bezahlt werden. Wir verzichten an dieser Stelle auf nähere Ausführungen dazu und verweisen auf Konzepte, die bereits skizziert sind, wie der Staat den gemeinsam erarbeiteten Reichtum gerecht rückverteilen kann.<sup>33</sup> Einen detaillierten Plan zur Finanzierung von Corona-Massnahmen hat zuletzt die SP Schweiz veröffentlicht.<sup>34</sup>

<sup>27</sup> <https://www.sgb.ch/corona-virus/details/erhalt-der-kaufkraft-und-der-arbeitsplaetze-sind-das-beste-konjunkturprogramm>

<sup>28</sup> <http://www.denknetz.ch/allgemeine-erwerbsversicherung/>

<sup>29</sup> <https://fabianmolina.ch/blog/coronavirus-internationale-solidaritaet-und-eigeninteresse/>

<sup>30</sup> [http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Working\\_Paper\\_Unternehmenssteuern\\_Sept\\_12.pdf](http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Working_Paper_Unternehmenssteuern_Sept_12.pdf)

<sup>31</sup> <https://www.republik.ch/2020/04/03/die-haerte-mit-der-uns-die-krise-trifft-ist-den-fehl-entwicklungen-der-letzten-30-jahre-geschuldet>

<sup>32</sup> <https://www.alliancesud.ch/de/politik/entwicklungspolitik/eine-globale-krise-braucht-globale-solidaritaet>

<sup>33</sup> <http://www.denknetz.ch/richtig-steuern/>

<sup>34</sup> [https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/solidarisch\\_gegen\\_die\\_krise\\_langversion\\_d\\_def\\_1.pdf](https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/solidarisch_gegen_die_krise_langversion_d_def_1.pdf)

**Die Anny-Klawwa-Morf-Stiftung setzt sich für eine progressive politische Bildung in der Schweiz ein. Sie ist eine der SP Schweiz nahe, aber unabhängige Stiftung, die den Dialog und das Verständnis für die Demokratie befördern will. Die Stiftung ist operativ tätig und Mitglied bei der Foundation for European Progressive Studies (FEPS).**

**Anny-Klawwa-Morf-Stiftung  
Falkenplatz 11  
Postfach  
3001 Bern  
info@anny-klawa-morf.ch  
www.anny-klawa-morf.ch  
T: 031 313 33 25**

**IBAN: CH92 0900 0000 1527 0432 9**